

Ueber den Weg der Mitte : die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit [Fortsetzung]

Autor(en): **Rimensberger, E.F.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **52 (1960)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-353940>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 6 - JUNI 1960 - 52. JAHRGANG

Ueber den Weg der Mitte:

Die Wirtschaft zwischen Zwang und Freiheit

(Fortsetzung)

II. Wirtschaftliche Zwangsläufigkeiten

Am meisten böses Blut und damit politische Schwierigkeiten und Unversöhnlichkeiten haben in den wirtschaftsideologischen Auseinandersetzungen der letzten 50 Jahre die verabsolutierten Urteile verursacht, die im Laufe der Zeit zu konventionellen Schlagwörtern geworden sind. Angefangen mit *Karl Marx*, der an der bürgerlichen Wirtschaftsordnung kein gutes Haar ließ und seine staatsautoritären Rezepte für unfehlbar hielt, bis zu seinen spätesten Nachkommen wurden dem Kapital und dem Kapitalismus alle Unzulänglichkeiten im Wirtschaftsablauf in die Schuhe geschoben, während die Anhänger des Liberalismus bis zu *Röpke* und seinen unversöhnlichen neoliberalistischen Nachbetern Marx und die Marxisten in Grund und Boden verdammt bzw. verdammen. Mit den Neoliberalisten brauchen wir uns nicht zu befassen. Sie wissen so gut wie wir, daß der klassische Liberalismus tot ist bzw. nie gelebt hat. Für sie ging und geht es nur darum, daß auf einen groben marxistischen Klotz, der heute allerdings nicht mehr vorhanden ist, ein grober freiheitlicher Keil gesetzt werde.

Die autoritären Experimente des Faschismus und Nationalsozialismus haben die politische und jene der UdSSR und der übrigen «Volksdemokratien» die wirtschaftliche Klärung gebracht: im Kleinen und im Großen. Wir wissen heute, daß die Schablonisierung im Wirtschaftlichen immer falsch ist, weil dabei die menschliche Vielfalt und Fehlbarkeit nicht einkalkuliert wird. Es wird auch kein Anspruch mehr darauf erhoben, daß die Demokratie unfehlbar ist. Schon Rousseau hat gesagt, daß es eine vollkommene Demokratie nie gab und nie geben werde. Wir wissen, daß die Demokratie nur lebendig bleibt, solange sie mit Fehlern und Schwierigkeiten zu

kämpfen hat, daß das Auftauchen und die Ueberwindung dieser Schwierigkeiten der Weiterentwicklung zu höheren Formen des politischen Zusammenlebens dienen. Dies gilt auch für das wirtschaftliche Zusammenleben, wobei wir allerdings nicht auf den wirtschaftlichen Wettbewerb verzichten und es nicht dulden dürfen, daß die Versorgung mit Gütern und ihr Konsum mittelmäßiger Durchschnittsware Platz machen und wir materiell irgendwie beim Eintopfgericht landen.

Was die Entwicklung im Großen, in bezug auf die *Kommandohöhen* und die wichtigste Triebfeder der Wirtschaft, das Kapital, betrifft, so war die Idee des krisenlosen Idealstaates, wie ihn Marx im Kopfe hatte, in dem Augenblick erledigt, als die russischen Machthaber den «Kapitalismus» jedoch nicht das bewegliche Kapital, seinen Hauptmotor, abschafften und damit ungewollt und unausgesprochen zugaben, daß eine moderne Wirtschaft ohne diesen Motor nicht auskommt. Man konnte vielleicht in der psychologisch und materiell einfacher gestalteten Welt von vorgestern hoffen, die klassische Form des Kommunismus und Sozialismus verwirklichen zu können (die dahingehenden Versuche sind zwar insgesamt fehlgeschlagen), auf alle Fälle kommen jedoch solche Versuche in der *heutigen* Welt nicht mehr in Frage, es sei denn in primitivster Form sowie im kleinsten Rahmen: als Laboratoriumsversuch.

Als die UdSSR bald nach der Revolution zu einer von Gold untermauerten Währung überging und sich damit einem nach kapitalistischen Regeln funktionierenden Geldwesen näherte, war sie auch weitgehend kapitalistischen Gesetzen des Wirtschaftsablaufs ausgeliefert, eines Ablaufs, der Tausende von Zwangsläufigkeiten, unvermeidliche Risiken sowie Abhängigkeiten mit sich bringt, so zum Beispiel jene des Exports und Imports, bei denen man Faktoren und Länder in Rechnung setzen muß, über die man keine Macht hat. Zu diesem Kapitel gehören unter anderem auch die Zwangsläufigkeiten der Kapitalbildung, die Schwierigkeiten der Beschaffung von Investitionsmitteln. Diese können nicht einfach, wie man früher, in den Zeiten des Vulgärmarxismus und -sozialismus, gerne glaubte, vom omnipotenten Staat bereitgestellt werden, sondern ihre Bildung und Beschaffung hängen, wenn sie nicht inflatorisch wirken sollen, von der Produktion, der Produktivität usw. ab. Alle diese Verquickungen erzeugen dauernd Unsicherheiten und unvermeidbare Notwendigkeiten. Das Investitionsproblem ist eine der heikelsten Fragen, gleichviel, ob es sich im Rahmen des liberalistischen Kapitalismus, eines gemischtwirtschaftlichen Experiments, wie es in England von 1945 bis 1951 stattfand und heute noch stattfindet, oder im kommunistischen Staatskapitalismus der UdSSR stellt. Die Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeinbesitz, von der man nicht nur eine krisenfreie Wirtschaft, sondern in jeder Beziehung eine ideale Gesellschaftsordnung erhoffte, läßt die meisten Probleme der

Wirtschaftsführung so, wie sie vorher waren. Sie kann, wie ein englischer Sozialist nach Abschluß des von der Arbeiterregierung durchgeführten Experiments 1945 bis 1951 sagte, «wunderbare Resultate erzeugen, jedoch unter der Voraussetzung, daß diese Resultate, wie früher, errungen und dafür hart und mit Hingabe gearbeitet wird, wobei vor allem die *höheren, nicht wirtschaftlichen* Ziele des Sozialismus nicht vergessen werden dürfen».

Obwohl die UdSSR, was die Verhütung von Wirtschaftskrisen betrifft, besonders gut gestellt ist, da ein gewaltiger Nachholbedarf vorhanden ist, der noch während Jahrzehnten Vollbeschäftigung sichern kann, stellen sich in der UdSSR am laufenden Band nationale, regionale und lokale Schwierigkeiten, Störungen, Fehldispositionen usw. ein, was schon die ebenfalls am fließenden Band erfolgende Absetzung von Wirtschaftsführern sowie institutionelle und sonstige Umstellungen beweisen.

Was für die UdSSR gilt, kann, ja *darf* für die Demokratien, in denen nicht einfach diktiert werden kann und unzählige Rücksichten genommen werden müssen und genommen werden, noch viel mehr gelten. Zwar wird gerade in den Demokratien oft von einer krisenfreien Wirtschaft gesprochen. Sie wird gerne als konventionelles Versprechen Parteiprogrammen und schönen Reden einverleibt. Solange man jedoch nicht mit einer krisenfreien Natur, genau inventarisierten Rohstoffvorkommen unter und über der Erde, gelenktem Wetter auf der ganzen Erde usw. sowie krisenfreien, das heißt fehlerlosen und für den Konsum standardisierten Menschen rechnen kann bzw. will, wird es keine krisenfreie Wirtschaft geben.

Mit den Theorien der Krisenbekämpfung werden wir nie zu befriedigenden Resultaten kommen, denn jede Krise ist mit Tausenden von Unwägbarkeiten aller Art eine Krise für sich, die unter anderem Maßnahmen nötig macht, die man vorher nicht kannte und nicht kennen konnte. Nachdem berühmteste und durch epochale Resultate ausgewiesene Kernphysiker, Biologen usw. besonders bescheiden geworden sind und gerade auf Grund ihrer profunden Kenntnisse nie *mehr* behaupten, als was sie wirklich wissen und beweisen können, sind auch die Nationalökonomien, die besonders freigebig mit Theorien um sich warfen, vorsichtiger geworden. Sie halten, wie ein Prominenter der Kategorie vor einiger Zeit sagte, «die Aufstellung einer Krisentheorie für unsinnig, weil es im wirtschaftlichen Geschehen gar keine Gesetzmäßigkeiten gibt». Sicherlich kann und soll man aus Krisen lernen. Vorsorge ist nötig und möglich. Ob sie jedoch im Einzelfall spielt, ist eine andere Frage. Spezifische Maßnahmen müssen zu Beginn einer Krise in Erkenntnis ihres speziellen Charakters eingeleitet werden. Es geht dann meistens um Sofortmaßnahmen, die sogar in einer Diktatur wie jener der UdSSR Zeit erheischen. In einer Demokratie, wo die Parlamente darüber zu befinden haben, kommen solche Eingriffe oft spät oder *zu spät*. Wie

sehr dabei sogar der Zufall eine Rolle spielen kann, zeigte sich bei der Ueberwindung der beiden letzten Krisen in den USA. Zur Ueberwindung trugen, wie Fachleute herausgefunden haben, allerlei Beschlüsse bei, die unter ganz anderen Voraussetzungen schon lange vor der Krise gefaßt wurden und deren Ausführung in der Form von Kaufkraftausweitungen zufällig gerade im kritischen Augenblick der Krise erfolgen konnte.

Einer der ergiebigsten Kronzeugen für die Gleichartigkeit der Schwierigkeiten hinter und vor dem Eisernen Vorhang ist ohne Zweifel *Nikita Chruschtschew*. Man könnte Bände füllen mit seinen Klagen und Aufforderungen, die genau so klingen wie in jedem anderen Lande. Sie gelten dem Ruf der Höchstleistungen auf dem Gebiete des Wettbewerbs, der Produktion und Produktivitätssteigerung. In seinen unzähligen Reden setzt sich Chruschtschew mit oft lapidaren Worten für die «Senkung der Selbstkosten» ein, für «rationelleres und sparsameres Haushalten», eine «bessere Kontrolle der Betriebe», die «bessere Ausbildung der Facharbeiter», die «Ausdehnung und Verschärfung der Kontrollmaßnahmen im gesamten Wirtschaftsleben der Sowjetunion», die «Beibehaltung des unveränderten Prinzips der Kommandowirtschaft» und dann wieder, wenn Rückschläge eintreten, für die «Lockerung der Zentralgewalt», also die Dezentralisation. Er geißelt «die Unzulänglichkeit der Produktion». Er schimpft über die Unfähigkeit des führenden Personals. Er rügt die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Industriebetrieben. Er tadelt die konservative Scheu vieler Wirtschaftsmanager vor der Uebernahme neuer Produktionsmethoden und Modernisierungsmaßnahmen in ihren Betrieben. Er rechnet ab mit den nachlässigen, untauglichen und an der Modernisierung der Betriebe uninteressierten Fachkräften. Er fordert Maßnahmen zur Hebung der Verantwortung. Er plädiert dafür, daß man die neuen Fabriken nicht nach den veralteten sowjetischen Methoden, sondern nach den im Westen geltenden Grundsätzen der Zweckmäßigkeit baue. Er ermahnt die Wirtschaftsführer zur Konzentration des Kapitals und warnt vor der Zersplitterung der Investitionsmittel. Er donnert gegen Nachlässigkeit, Verantwortungslosigkeit, völlige Preisgabe der Interessen der Betriebe, die schlechte Ausnützung moderner Produktionseinrichtungen, gegen Bürokratismus und technischen Konservatismus. Er klagt Manager und Funktionäre an, die eine engstirnige Lokalpolitik betreiben, Investitionsmittel und Material für örtliche Bedürfnisse abzweigen. Wenn die Kapitalisten ebenso handelten, erklärte er einmal, so hätten sie schon längst Bankrott gemacht. Als besonders schwerwiegend bezeichnet er die mangelhafte Koordinierung der dem technischen Fortschritt dienenden Forschungsarbeiten, die zu unnötigen Parallelismen führt und nutzlose Ausgaben erfordert. Er verdammt die mangelhafte Wirtschaftsdiziplin, die schlechte Zusammenarbeit mit andern Wirtschafts-

gebieten und den lokalen Wirtschaftspatriotismus. In einer Rede in Kiew über Landwirtschaftsfragen sagte Chruschtschew wörtlich: «Ich bin kein Anhänger einer hohen Geld- und Naturalentlohnung für den Arbeitstag. Man muß einem Menschen für den Arbeitstag so viel geben, daß er seine Familie unterhalten kann, daß seine Kinder Essen, Kleider und Schuhe haben und seine Familie ein gutes Bauernhaus, daß er, wie man sagt, von allem Notwendigen genug hat. Jetzt macht sich aber bei einigen Leuten eine Art ungesunde Kulakenpsychologie bemerkbar: mehr Geld auszuzahlen, um es dann im Sparhafen aufzubewahren... Deshalb muß man auf jeden Fall dafür sorgen, daß größere Summen für den unteilbaren Fonds der Kolchosen abgezogen werden.» Dies beweist, daß die Bauern nicht sehr kommunistisch denken und ihr Geld nicht gern hergeben für den weiteren Ausbau der Schwerindustrie, für Chruschtschews landwirtschaftliche Städte usw.

Nicht anders klingt es in andern «Volksdemokratien». Vor dem 6. Kongreß der Gewerkschaften Polens führte der Parteigewaltige *Gomulka* im Zusammenhang mit der Erhöhung der Fleischpreise unter anderem aus, die Erfahrungen hätten gezeigt, wie wenig die Betriebsräte für die Aufgabe der Betriebsleitung und Betriebsverwaltungen geeignet seien. «Die Kaufkraft der Bevölkerung müsse, wenn auch in geringem Umfang, gesenkt werden.» Infolge der Devisenlage des Landes und des Zusammenbruchs der internationalen Kohlenpreise könne Polen nicht auf den Export von Fleisch verzichten. Einer der engsten Freunde Gomulkas im Politbüro schrieb, daß die Fleischkrise der erhöhten Kaufkraft, dem Bevölkerungszuwachs, langfristigen Exportverpflichtungen und der Futterknappheit infolge der schlechten Ernte zuzuschreiben sei.

Wenn solche Störungen im «sozialistischen Musterstaat» vorkommen, ist es kein Wunder, daß man auch in der freiheitlichen Ordnung des Westens da und dort mit Imponderabilien zu kämpfen hat. So mußte zum Beispiel im Oktober letzten Jahres der sozialistische Finanzminister *Sträng* im schwedischen Reichstag angesichts der ernsten Finanzlage dem Volk eine neue Steuerbelastung zumuten. Eine nochmalige kräftige Erhöhung der direkten Steuern, sagte *Sträng* in einer Pressekonferenz, sei praktisch nicht mehr möglich, ohne die Steuermoral völlig zu untergraben. Der Wirtschaft können, so hieß es, mit Rücksicht auf die verschärfte internationale Konkurrenz keine höheren Gewinnsteuern oder neue Investitionsausgaben aufgebürdet werden.

Obwohl Schweden der fortschrittlichste Wohlfahrtsstaat Europas genannt werden kann, gibt es auch dort noch Sektoren mit Nachholbedarf. Es sind Hunderte von Wohltätigkeitsorganisationen am Werk, die ungezählte Millionen ausgeben und so die umfassende Sozialfürsorge, die nicht alle Sonderfälle erfassen kann, ergänzen, und zwar nicht nur materiell, sondern vor allem auch durch die

Mobilisierung und Betätigung der in einem demokratischen Staat möglichen und erwünschten persönlichen Hingabe und die Fortführung administrativer Fürsorge durch persönliche Anteilnahme. Diese menschliche Seite in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates wirft gerade in den westlichen Demokratien Probleme auf, die man nicht durch willkürliche Eingriffe lösen kann und will. Man darf zum Beispiel zugeben und gibt zu, daß in den gemischtwirtschaftlichen Staaten, zu denen eigentlich alle westlichen Demokratien gehören, Schwierigkeiten entstehen können im Verhalten zwischen Belegschaften und Betriebsführern, bei denen es sich um sozialistische oder gewerkschaftliche «Genossen-Direktoren» handeln kann. Nicht nur in der UdSSR, sondern auch in Ländern wie den USA oder England erzeugt die Abschaffung von Klassen neue Klassen oder «friert Klassengegensätze ein». Ein Unterschied besteht oft lediglich insofern, als solche unprogrammatische Entwicklungen in den Demokratien zugegeben werden und deshalb keine ideologischen und menschlichen Schwierigkeiten erzeugen, während die Herren in Moskau in ihrer Borniertheit die neue Sachlage mit alten Schlagworten überkleistern wollen.

Zum Schluß sei an Hand des Kommunistischen Manifests noch einmal gezeigt, zu welch erstaunlichen Gegenüberstellungen man auf dem Gebiet höchster Zielsetzungen gelangen kann:

Wie schildert das Kommunistische Manifest die verhaßte «Bourgeoisie» und was wirft es dieser Klasse vor, die wegen ihres sozialen Verhaltens und ihrer Ziele ausgerottet werden soll?

Es prangert die Bourgeoisie an, weil sie «alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligscheins entkleidet», weil sie «den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt». Genau dies tut Moskau heute in *seinem* Bereich!

Es wirft der Bourgeoisie vor, daß sie «alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen auflöst», daß «alles Ständische und Stehende verdampft und alles Heilige entweiht wird, daß die Menschen gezwungen werden, ihre Lebensstellung und ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen». Was tut Moskau anderes?

«Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte», sagt das Kommunistische Manifest, «jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Ueberall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.» Was tut Moskau anderes? Die Bourgeoisie, so heißt es weiter, «vernichtet uralte nationale Industrien». Sie werden «verdrängt durch neue Industrien», die «nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörende Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate

nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden» ... «Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.» (Was heute das außenwirtschaftliche Programm Moskaus ist!) ... «An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.» Die Abhängigkeit von Moskau ist heute das Programm Moskaus gegenüber seinen Satelliten und der übrigen Welt!

Die Bourgeoisie «zwingt alle Nationen, ihre Produktionsweise anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Sie zwingt sie, Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bild.» Was tut Moskau anderes?

«Die Bourgeoisie hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen» ... «Sie hat die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.» Mit umgekehrten Vorzeichen verfolgt Moskau gerade diese Politik!

Die Bourgeoisie hat, so heißt es schließlich im Kommunistischen Manifest, «die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation. Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in eine Nation, eine Regierung, ein Gesetz, ein nationales Klasseninteresse.» Es ist das Programm Moskaus!

Wäre es nicht angebracht, daß Chruschtschew seine schlaue Propagierung der Koexistenz ergänzt durch das Eingeständnis, daß die Koexistenz die Uebernahme der den «Bourgeois» vorgeworfenen Ambitionen und Ziele auf eigene Rechnung bedeutet: unter freundlicher Mitwirkung der zu vernichtenden Bourgeoisie? Mit solchen Methoden soll uns eine bessere Welt, der Sozialismus, beschert werden!

(Fortsetzung folgt)

E. F. Rimensberger

Die Anpassung der Arbeit an den Menschen

*Internationale Konferenz
der Europäischen Produktivitätsagentur (EPA)
vom 2. bis 6. März 1959 in Zürich*

Die internationale Konferenz der EPA in Zürich bildete zugleich den ersten Versuch, die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer mit den Sachgebieten, den technischen Methoden und den wissenschaftlichen Ergebnissen bekanntzumachen, die sich mit den zahlreichen, unter der Bezeichnung «Anpassung der Arbeit an